

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.
Keller-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postkassens: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:
Tagblatthaus Nr. 7405-53.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postkassens: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: M. 104.—, in den Ausgabenstellen: M. 107.—, durch die Träger ins Haus gebracht M. 115.— monatlich. — Bezugsbedingungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabenstellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Strafen haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erstliche Anzeigen M. 18.—, Finanz- und Auslands-Anzeigen M. 24.—, auswärtsige Anzeigen M. 26.—, örtliche Anzeigen M. 12.—, auswärtsige Anzeigen M. 14.— für die einspaltige Kolonelle oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entfallender Nachschlag. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Mittwoch, 27. September 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 450. • 70. Jahrgang.

Senator Marjal über die Reparationsfrage.

W. T. B. Paris, 25. Sept. Der „Intransigent“ hatte eine Unterredung mit dem Senator Francois Marjal, dem früheren Finanzminister im Kabinett Millerand, über die Reparationsfrage. In der er erklärte, man lasse Deutschland sei ruiniert, aber man könne leicht feststellen, dass das stark unrichtig sei. Sicherlich sei die Mark entwertet durch die Inflation, und weil die deutsche Regierung den Notenumlauf von 16 Milliarden im Jahre 1918 auf 202 Milliarden am 1. August 1922 gesteigert habe. Man dürfe aber nicht vergessen, dass im Jahre 1913 mehr als 20 Milliarden deutscher Werte sich außerhalb der deutschen Grenzen befanden hätten. Dieser Betrag sei seit dem Waffensstillstand durch die Guthaben, die sich die Deutschen im Ausland gesichert hätten, stark gewachsen. Man dürfe auch nicht vergessen, dass es im Jahre 1913 4680 Geschäften gegeben habe, die an Reichtum und Kapital einen Wert von mehr als 20 Milliarden Goldmark darstellten, und dass man auch nicht die Bestände der Ernteprodukte, der Viehzuchtsgüter und so vieler anderer deutscher Erzeugnisse vergessen. Weiter behauptete Marjal, dass die Weltwirtschaft eine Kohlenkrise erleide, die auf 80 Milliarden Tonnen geschätzt würde. Eine Überflutung, und ohne zu entbehren, ja selbst ohne eine innere Notwendigkeit zu vermindern, könne Deutschland leicht 5 Millionen Tonnen Kohle monatlich ausführen. Die Kohlen könnten diese 5 Millionen beziehen und den Preis dafür an die Gläubiger abführen. Die Tonne zu 80 Mark verfahren, würden diese Zahlungen sich auf 400 Milliarden jährlich belaufen. Das bedeute die Sicherung des französischen Lebensstandes. Dann gebe es in Deutschland noch den Zoll, das Salz, die Wälder, die Kupfergruben. Berücksichtige man all das, so werde man leben, das eine Arbeitsstunde des ganzen deutschen Volkes für jede Kriegsstunde den gesamten im Kriege angetragenen Materialschaden wieder gutmachen könnte. Frankreich habe die Mittel dazu, das durchzuführen. Es müsse Deutschland zur Bezahlung zwingen. Bisher hätten die Deutschen diesen Zwang noch nicht gespürt. Man brauche nur nicht weit zu gehen oder zahlreiche Verträge zu verwenden, um am Ende wie am Ausgang des Ruhrgebietes die Mineralien, Kohlen, Holz, Metalle usw. zu kontrollieren, abzusuchen und wie man das wolle, anzuhalten oder weiterzuführen. Dann würden nicht nur die deutschen Industrieanlagen den Ruin empfinden, zu bezahlen, nicht nur das an der Zeit und Stelle befindliche Verlangen werde sich in seiner Arbeit und in seinen Einnahmen bedroht fühlen. Das ganze deutsche Volk werde sich vor der Alternative befinden, zwischen der industriellen Blutsäure und der Auslieferung der im Jahre 1919 eingegangenen Verpflichtungen zu wählen. Die Politik von Teilhabemachungen in der Reparationsfrage habe er für unzureichend, weil es sich um geringfügige Ziffern handle und weil Frankreich keinerlei Garantie für gute Durchführung habe. Das von ihm vertretene Programm, zu dem man auszuweichen werden müsse, enthalte keinen Gedanken von politischer Beherrschung. Seien einmal die Reparationen in der Auslieferung begriffen und feste Garantien genommen, dann verlange Frankreich nichts Besseres, als mit den deutschen Staaten korrekte grenznachbarliche Beziehungen zu haben. Man könne mit ihnen Handel treiben, Wirtschaftsabmachungen abschließen, sich auf industriellem Gebiet gegenseitig unterstützen.

Die internationale Arbeiterschaft gegen die Reparationspolitik.

W. T. B. Kopenhagen, 25. Sept. Die aus den kommunalen und Staatsarbeiterverbänden Englands, Frankreichs, Deutschlands, Hollands, Belgiens, der Schweiz und der drei skandinavischen Länder gebildete Internationale Arbeiterföderation hielt ihre jährliche Versammlungsverammlung ab. U. a. war auch die Stellung der deutschen Arbeiterbevölkerung zu dem ungeheuren ökonomischen Druck, der von den alliierten Regierungen dem deutschen Volk auferlegt wird, Gegenstand einer eingehenden Erörterung innerhalb der Leitung der Verbände. Diese nahmen abschließend auf Vorschlag des Generalsekretärs des englischen Kommunalarbeiterverbandes eine Entschließung an, in der die Leitung der Internationalen Föderation der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben fräufig gegen die Reparationslasten protestiert, die die alliierten Regierungen dem deutschen Volk auferlegen. Aus der Auffassung heraus, dass es für das deutsche Volk ganz unmöglich sei, diese Zahlungen zu leisten, wolle die Föderation der alliierten Regierungen auf die gesamte arbeitende Bevölkerung schädeln und müsse, falls sie fortgesetzt werde, auf die ganze Arbeiterkraft Europas zurückwirken.

Ein Zeitgewinn.

D. Brüssel, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) „Independance belge“ stellt fest, dass die Nachricht von der Annahme der Bedingungen Belgiens durch Deutschland mit Befriedigung aufgenommen worden sei. Das deutsch-belgische Abkommen sei einer gefährlichen Spannung ein Ende und habe den Vorteil eines Zeitgewinnes für die belgischen, die auf den Abschluss einer internationalen Anleihe hoffen. Das Blatt schreibt, die Lage Deutschlands würde dadurch nicht im geringsten geändert und die Reparationsfrage würde sich für Deutschland in einigen Monaten von neuem erheben und zwar mit denselben Gefahren wie diesmal, es sei notwendig, auf der Brüsseler Konferenz, von der jetzt die Rede ist, zu einer Einigung zu gelangen.

Der Aktionsausschuss für die befreiten Gebiete.

W. T. B. Paris, 25. Sept. Wie Havas mitteilt, tritt der Aktionsausschuss für die befreiten Gebiete am Samstag zusammen, um sich über die endgültige Haltung seiner Abmachungen zu verständigen, die von der deutschen und der französischen Regierung in Köln vereinbart worden ist und die am 8. Oktober in Köln unterzeichnet werden soll. Vor der Sitzung des Ausschusses wird der Sekretär des Ausschusses von dem Minister für die befreiten Gebiete, Raibet, und dem Generalkontrollleur G. M. M. empfangen werden, mit denen er bedeutende Besprechungen haben wird.

Die Ausgleichszahlungen.

Br. Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, ist die Nachricht, dass die Direktoren des englischen und französischen Ausleihesamtes am 5. Oktober nach Berlin kommen werden, zutreffend. Was die noch nicht abgelieferten Summen, die bereits fällig waren, betrifft, so sind bereits Verhandlungen darüber im Gange und es besteht Hoffnung, dass diese bald zum Abschluss gelangen werden.

Die interalliierte Schuldent Konferenz.

D. Paris, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Brüssel soll die Konferenz, auf der die Besprechung der Frage der interalliierten Schulden stattfinden wird, gegen den 15. Dezember aufzuschieben, vorausgesetzt, dass die verbündeten Regierungen sich bis zu diesem Zeitpunkt über das Programm der Konferenz verständigt haben.

Der Kampf um die Dardanellen.

Scheinbare Ruhe in Konstantinopel.

W. T. B. Paris, 25. Sept. Nach einer Meldung des „Intransigent“ aus Konstantinopel soll zwar alles ruhig sein, aber die Ruhe sei nur eine scheinbare. Die wilden Gerüchte würden verbreitet, die griechischen, armenischen und englischen Familien hätten, da sie einen Angriff der Kemalisten befürchteten, begonnen, die Stadt zu verlassen. Es reisten täglich bis zu 1000 Personen ab. Das Geschäftsleben habe es aber volle Ordnung anrecht erhalten. Das britische Hauptquartier habe einen Ersatz veröffentlicht, in dem der Bevölkerung empfohlen werde, in Ruhe ihrer gewöhnlichen Beschäftigung nachzugehen, bis ein Befehl erteilt würde. In türkischen Kreisen stambuli sei man der Ansicht, dass Kemal seine Truppen anlässlich der Konstantinopeler Konferenz nicht würde zurückhalten können.

Die Konstantinopeler Regierung zum Austritt bereit.

D. Paris, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet aus Konstantinopel, der Großvezir habe die kemalistische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, dass die Konstantinopeler Regierung in keiner Weise denjenigen von Angora im Weg stehen möchte und dass ihre Mitglieder deswegen bereit seien, ihre Entlassung einzureichen. Man glaubt, dass Mustafa Kemal Baidja diese Annahme und einen Gouverneur nach Konstantinopel entsendet.

Die militärische Lage der Engländer an den Dardanellen.

D. London, 26. Sept. Über die militärische Lage der Engländer an den Dardanellen meldet die „Morning Post“ aus Konstantinopel, dass ihre Stellung in Tschana stark befestigt und durch neue hinzugekommene Truppen verstärkt worden sei. Der kommandierende General erklärte, dass die Stellung gegen jeden Angriff gewappnet sei.

Einberufung der griechischen Nationalversammlung.

W. T. B. London, 26. Sept. Reuter meldet aus Athen, dass dort in einer die ganze vorige Nacht dauernden Sitzung des griechischen Kabinetts beschlossen worden ist, die Nationalversammlung auf den 2. Oktober einzuberufen. Die Regierung werde dann ein Vertrauensvotum fordern. Es herrscht die Ansicht, dass die bisherige Regierung nicht lange mehr bestehen wird und dass ihr möglicherweise ein Kabinett unter General Metaxas folgen wird.

Ein Völkerverbundbeschluss über die Orientfrage.

D. Genf, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die im letzten Ausschuss der Völkerverbundversammlung begonnene Ausprache über die Orientfrage wurde heute nach kurzer Debatte mit der Annahme des ausgearbeiteten Resolutionsentwurfes beendet.

Die Wahlen in England.

Br. Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „M. B. Z.“ aus London erzählt, ist Lord George entschlossen, die allgemeinen Wahlen noch vor Ablauf von 10 Tagen zu veranstalten.

Völkische und Deutschnationale.

as. Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die Abgeordneten Kulle und v. Gräfe, die gelegentlich des Falles Henning der Deutschnationalen Volkspartei ihre Mitarbeit kündigten, kehren nun reumütig zur Partei zurück, nachdem der deutschnationalen Vertretertag als höhere Instanz kürzlich die Erwartung ausgesprochen hat, dass sich zwischen diesen Abgeordneten und der Partei ein Weg zur Wiederbereinigung finden lassen werde. In der Erklärung der beiden Abgeordneten heißt es u. a.:

Wir haben bei der Behandlung des Falles Henning die Absicht gehabt, der Beruhigung in den Kreisen der Partei völkisch gerichteten Parteimitglieder zu dienen. Sollte eine unserer Willen dabei irgend eine Schädigung der Partei einmischen oder sollten persönliche Kränkungen empfunden werden sein, so bedauern wir diese von uns nicht gewünschte Wirkung. — Nachdem uns die Sicherheit gegeben ist, dass die ausländischen Landesverbände sich selbst des Falles Henning annehmen werden und nachdem wir gesehen haben, dass eine künftige steigende große Zahl unserer Parteifreunde bei unserer Arbeit für die völkischen Ziele hinter uns steht, erklären wir uns untergeordnet zur weiteren Mitarbeit in Partei und Reichstagsaktion bereit.

Nach dieser Rückkehr der extremvölkischen Abgeordneten werden die Deutschnationalen den völkischen Kurs also weiter führen. Das zeigt auch die Tatsache, dass in den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei eine deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde, die das Verhältnis für die völkischen Fragen vertieft und im Einvernehmen mit der Parteileitung arbeiten will. Die D. N. eine neue völkische Partei zu gründen, scheint nach diesem Schritt zunächst zurückgestellt zu sein und die deutschvölkischen Kreise werden darauf zu rechnen, innerhalb der Partei stärker zu wirken. Wie sich die Kreise um Döcker dazu stellen werden, bleibt abzuwarten.

Dr. Preuß über den nationalen Gedanken.

Br. Baden-Baden, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Auf einem Jugendtage der Südwestdeutschen Demokraten sprach der Reichsminister a. D. Dr. Hugo Preuß über die Weimarer Reichsverfassung und den nationalen Gedanken. Der Redner schilderte die Entstehung der republikanischen Verfassung aus dem völligen militärischen und politischen Zusammenbruch des monarchistischen Obrigkeitsstaates. Nur der demokratische Gedanke nationaler Einheit habe damals das Reich vor dem Verfall, nur das Prinzip demokratischer Gleichberechtigung aller Volksgenossen damals Deutschland und Europa vor der Überflutung des russischen Bolschewismus bewahren können. Aber die herrschenden Demokraten des Westens haben sich verständig an der jungen deutschen Demokratie, nicht an der Wahrheitheit des demokratischen Prinzips überhaupt. Wenn alle Anklagen gegen Deutschland so wahr wären, wie sie unabweisbar sind, so würden doch Deutschlands Sünden leichter zu überwinden sein. Gefährlich mit dem, was an ihm geknüpft ist, in dem man ihm im Gegenzug gegen die vereinbarten Wilsonschen Bedingungen den Frieden von Versailles aufzwänge. Die Weimarer Verfassung ruht auf dem Gedanken der nationalen Einheit, aber frei von deutscher Zentralisation und elastisch genug, um dem engeren Gemeinwesen selbständige Bewegungsfreiheit zu lassen. Welche Schwierigkeiten hier noch zu überwinden sind, hat jüngst der fälschliche Vorfall gezeigt. Nicht Gesetzesparagrafen werden solche Schwierigkeiten überwinden, sondern nur die Stärkung des demokratischen Gedankens nationaler Einheit im Volksgedanken. Hier liegt im besonderen der wichtigste Lebensberuf der demokratischen Partei.

Aus dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats.

Br. Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats stimmte dem Gesetzentwurf über Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisationsverordnungen bis zum 31. März 1923 zu. Ferner beschloss der Ausschuss in eingehender Beratung mit dem Gesetzentwurf über die Arbeitslosigkeit der gewerblichen Arbeiter. U. a. wurden besondere Schutzbestimmungen für Kinder, Jugendliche und Arbeiterinnen getroffen. In der gemeinsamen Abstimmung wurde der Entwurf mit einigen Änderungen einstimmig gebilligt und beschlossen, eine zweite Lesung abzuhalten.

Die Neuzeitung der Grundbesitzer und Kinderbeihilfen.

Br. Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichsfinanzministerium hat die Spartenorganisationen der Bauern- und Arbeiterkassen auf kommenden Donnerstag zu Verhandlungen über die Neuzeitung der Grundbesitzer und Kinderbeihilfen eingeladen. Da die Steuerungsbehörde die Grundbesitzer bereits um ein vielfaches übersteigen. Außerdem sollen das Reichsmietengesetz und die Kohlenpreiserhöhung eine Neuregelung der Ortssatzung als unumgänglich notwendig erscheinen.

Engere Zusammenarbeit der demokratischen Minister.

Br. Braunschweig, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die in Braunschweig verammelten demokratischen Minister des Reiches und der Länder haben beschlossen, eine engere Zusammenarbeit aller demokratischen Minister herbeizuführen.

Hindenburg in München.

Br. München, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) General-Feldmarschall v. Hindenburg ist am Sonntag von Dietrichsdorf bei Hofstaden, wo er bei dem Gutsbesitzer von Silber seit mehreren Wochen als Gast weilte und der Land abgefahren hatte, nach München gekommen und ist bei dem Regierungspräsidenten v. Kahr kurz abgestiegen. Im Laufe des Tages besuchte der General-Feldmarschall auch den General v. Koebig. Abends reiste Hindenburg nach Hannover weiter. Am Bahnhof hatte sich, trotzdem keine Anwesenheit in München streng geheim gehalten worden war, eine große Menschenmenge eingefunden.

Die Verhaftungen in Hamburg.

Br. Düsseldorf, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) In einer Unterredung erklärte der Regierungspräsident von Düsseldorf, dass die Verhaftungen in Hamburg der Rechtsgültigkeit entbehren und juristisch nicht zu halten seien. Die Entente habe bei der Verhängung der Sanktionen genau das neue Sanktionsgebiet festgelegt und Hamburg nicht einbezogen. Die Befehlshaber solle das Gebiet von Hamburg gänzlich frei. Für dieses Hamborner Gebiet hätten die Belgier den Begriff Bewegungsszone geschaffen. Das sei eine Tatsache, die nicht geleugnet sei. Er habe sich dieser Tage mit dem belgischen General in Duisburg in Verbindung gesetzt, um ihm diesen Standpunkt der deutschen Regierung darzulegen. Weiterhin behauptete er, dem belgischen General darzulegen, dass die Art der Abführung der Befehlshabenden dem deutschen Rechtsgewissen widerspreche, da die Verhafteten doch nur als Jengen behandelt würden. Und gefährde in einem solchen Weiterwinkel, wie Hamburg, die Art und Weise der Abführung des Anführers der Behörden. Er verlange, dass die Abführung der Militärs unterbleibe. In der Angelegenheit von Oberstfeld werde er persönlich oder durch den Reichskommissar für die besetzten Gebiete vorgehen.

Die Vermählung Wilhelms II.

Br. Berlin, 26. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „M. B. Z.“ meldet, ist bei den holländischen Behörden die Vermählung Wilhelms II. von diesem offiziell mitgeteilt worden. Als Termin ist der 5. November angegeben. Der Heier werden der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich beizumohnen.

Der österreichisch-polnische Handelsvertrag unterzeichnet.

W. T. B. Warschau, 26. Sept. (Drahtbericht.) Gestern wurde der hier zwischen Österreich und Polen geschlossene Handelsvertrag unterzeichnet.

